

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Niklas Schrader und Anne Helm (LINKE)

vom 02. November 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 02. November 2020)

zum Thema:

Extrem rechte Äußerungen durch Berliner Polizeischüler bei Basketballspiel (II)

und **Antwort** vom 13. Nov. 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 23. Nov. 2020)

Herrn Abgeordneten Niklas Schrader (LINKE) und
Frau Abgeordnete Anne Helm (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25410
vom 02.11.2020
über Extrem rechte Äußerungen durch Berliner Polizeischüler bei Basketballspiel (II)

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welchen abschließenden Stand haben die Ermittlungen und Verurteilungen in der Sache der drei Polizeischüler, die während einer Spielbegegnung von Alba Berlin „Sieg Heil“ gerufen haben sollen (vgl. Drs. 18/19850)?

Zu 1.:

Die Beamten wurden vom Amtsgericht Tiergarten wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 a StGB) erstinstanzlich jeweils zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen verurteilt. Ein Beamter hat das erstinstanzliche Urteil akzeptiert und seine Berufung dagegen zurückgenommen. Das Urteil wurde am 24. Juni 2019 rechtskräftig. Zwei Beamte haben gegen ihre Urteile Berufung eingelegt und wurden am 23. Oktober 2020 durch das Landgericht Berlin vom Tatvorwurf des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen freigesprochen. Die Urteile sind noch nicht rechtskräftig, die schriftlichen Urteilsgründe liegen noch nicht vor. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat gegen die Freisprüche Revision eingelegt.

2. In welchem Umfang hat sich der Verdacht bestätigt, dass auf mehreren mobilen Endgeräten der Polizeischüler Inhalte mit rechtem Gedankengut festgestellt wurden?
 - a. Um welche Inhalte handelte es sich hierbei und welche Straftatbestände wurden dahingehend festgestellt?
 - b. Wie viele dieser mobilen Endgeräte mit Inhalten rechten Gedankenguts befanden sich im Besitz oder Eigentum der in Berufung gegangenen und letztendlich freigesprochenen Polizeischüler?

Zu 2.:

Im Rahmen von Durchsuchungsmaßnahmen wurde bei den zwei inzwischen (nicht rechtskräftig) freigesprochenen Beamten je ein Mobiltelefon beschlagnahmt. Die Auswertung der Telefone ergab keine Inhalte mit strafrechtlicher Relevanz.

3. Wie viele welcher Disziplinarverfahren oder andere dienstliche Konsequenzen wurden oder werden gegen die betreffenden Polizeischüler aus welchen Gründen eingeleitet oder mit welchem Ergebnis abgeschlossen?

Zu 3.:

Gegen alle drei Beamte wurden Disziplinarverfahren wegen Dienstpflichtverletzungen mit sachgleichem Gegenstand wie im Strafverfahren eingeleitet. Bei den beiden Beamten, deren Strafverfahren noch nicht rechtskräftig abgeschlossen sind, bleiben die Disziplinarverfahren aus diesem Grund gemäß § 22 Abs. 1 DiszG weiterhin ausgesetzt. Bei dem Beamten, dessen Strafverfahren rechtskräftig abgeschlossen ist, ist das Disziplinarverfahren gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 3 i.V. mit § 14 Abs. 1 DiszG eingestellt worden. Für ihn wird ein Entlassungsverfahren betrieben.

4. Inwieweit gibt es für den Senat bei den besagten Polizeischülern weiterhin Zweifel, dass sie für den Erhalt der freiheitlich-demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten und welche Maßnahmen wurden bzw. werden infolgedessen getroffen?

Zu 4.:

Für alle drei Beamte bestehen weiterhin Zweifel, dass sie sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekennen und für deren Erhalt eintreten. Im Übrigen wird auf die Beantwortung der Frage 3 verwiesen.

5. Welche einzelnen Stufen der Ampel bei extrem rechten Verdachtsmomenten innerhalb der Berliner Sicherheitsbehörden wurden im Rahmen der Ermittlungen bzw. des Prozesses gegen die Polizeischüler gesetzt?

Zu 5.:

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Fragestellung auf die Einstufung nach den im Konzept zur internen Vorbeugung und Bekämpfung von möglichen extremistischen Tendenzen genannten Farbkategorien bezieht. Für alle drei Beamte wird eine Einstufung in die Farbkategorie „Rot“ angenommen.

Berlin, den 13. November 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport